

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	39 (2020)
Heft:	75
Artikel:	Die Maschinerie umbauen : Corona-Krise und Klimakrise stellen die Systemfrage
Autor:	Schneider, Beat
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1055587

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Maschinerie umbauen

Corona-Krise und Klimakrise stellen die Systemfrage

In der Corona-Krise wurde in vielen Staaten mit den verordneten Massnahmen massiv in das gesellschaftliche System eingegriffen und dieses sogar in Frage gestellt. Regierungen unternahmen seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr praktizierte Eingriffe in das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Exekutiven setzten die Demokratie für einige Zeit ausser Kraft, schalteten die Parlamente aus, setzten Volksabstimmungen ab und hoben Menschenrechte wie die Versammlungs-, Vereins- und Bewegungsfreiheit auf. In angstgenährter Schockstarre und im allgemeinen nationalen Schulterschluss war Kritik am staatlichen Handeln verpönt. Die politisch entmündigten BürgerInnen wurden zum partiellen Konsum-, Auto- und Flugverzicht gezwungen. Die Ausgangssperre nahm vielerorts totalitäre Züge an und mutete wie eine «Generalprobe für die zukünftige Klimakatastrophe» (Behrisch 2020) oder ein «Feldversuch zur Verfassungseinschränkung mit Konsens» (Schölzel 2020, 8) an.

In der Wirtschaft ergriffen Regierungen Massnahmen, die bisher als systempolitische Todsünden gegolten hatten. Der Kapitalismus und seine Marktlogik wurden für kurze Zeit ausgeschaltet. Hier missachteten Regierungen Privatverträge und Eigentumsrechte, indem notleidenden Kleinunternehmungen Mieten, Strom- und Wasserzinsen erlassen wurden. Dort zwangen sie Konzerne zur Industriekonversion, sodass sie statt des Gewohnten plötzlich Beatmungsgeräte produzieren mussten. Die Herrschenden handelten in Vielem so, wie sie es angesichts der Klimakrise vorher hartnäckig verweigert hatten. Keine Regierung kann heute behaupten, dass einschneidende Massnahmen nicht möglich seien!

VertreterInnen der Deutungseliten präsentierten politische Ideen, die eigentlich ins sozialistische Repertoire gehören. Einige stellten am Beispiel des heruntergesparten Gesundheitswesens in Frage, ob und wie das extreme Ereignis einer Pandemie unter dem Regime der neoliberalen Akkumulation

überhaupt bewältigt werden könne. Ein neoliberaler Staatspräsident stellte plötzlich fest, dass es «Güter und Dienstleistungen gibt, die ausserhalb des Marktgesetzes stehen müssten». Derselbe Emmanuel Macron hinterfragte das «Entwicklungsmodell, auf das sich unsere Welt eingelassen hat» (Macron 2020). Bürgerliche Leitmedien wollten «radikale Reformen (diskutieren), welche die vorherrschende politische Richtung der letzten vier Jahrzehnte umkehren» (Kuper 2020). Sogar in der kapitalistischen Leitnation kamen Debatten über die Enteignung von Konzernen und Banken auf, sodass sich der US-Präsident bemüsst fühlte zu twittern: «Wir verstaatlichen nicht in diesem Land!» (Nelles 2020). Mag die ungewohnte Offenheit für systemische Fragen der Verletzlichkeit durch die Corona-Krise geschuldet sein, die erwähnten staatlichen Massnahmen und politischen Debatten haben doch in bisher ungewohnter Weise die Systemfrage gestellt.

Die Corona-Krise hängt mit der anderen globalen Krise, der Klimakrise, zusammen. «Der Ausbruch der Pandemie war kein Zufall. Artensterben, Naturzerstörung und Klimawandel erhöhen das Risiko, dass Krankheiten von Tieren auf Menschen übertragen werden.» (Bethge 2020) Auch die Klimakrise führte dazu, dass offen die Systemfrage gestellt wird. Die AktivistInnen der Fridays-for-Future-Bewegung demonstrieren ja seit zwei Jahren unter dem Slogan «System Change not Climate Change». Sie meinen damit, dass der Stopp des Klimawandels nur über einen Systemwechsel möglich sei. «Es ist an der Zeit, die Wirtschaft zu verändern, nicht das System zu retten, sondern es neu zu gestalten» (Wyss 2020, 11). Doch was heisst Systemwechsel? Darüber gibt es grosse Unklarheit und ebenso grosse Illusionen. Diese Mängel könnten zu politischen Enttäuschungen führen.

Die Lösung der Systemfrage ist ein Gebot der Stunde. Denn neben dem Klimanotstand gibt es nach wie vor immense Probleme, die in der Corona-Krise auch in den Hintergrund geraten sind. So die Weltarmut und die systemisch bedingte Mangelernährung eines Drittels der Menschen, das globale Flüchtlingselend, die weltweite Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und besonders der Frauen, die technologische Arbeitsplatzvernichtung, der rücksichtslose Drang des Kapitals zur Verwandlung der letzten geistigen und natürlichen Domänen in Waren, die weltweite Überproduktion von Waren, die zerstörerischen Raubzüge des Finanzkapitals mit seinen Hedgefonds, Spekulationsblasen und Finanzwetten, die weltweite kriegerische und zivile Gewalt, die kolossale soziale Ungleichheit und die darauf beruhende Spaltung der Gesellschaften, das schwindende Vertrauen in das politische System, die institutionellen Medien und so weiter. Zusammen mit dem Klimawandel sind diese Probleme Ausdruck der Krise der kapitalisti-

schen Zivilisation. Sie haben ihre Ursache im Wesen des Kapitalismus, zu welchem grenzenloses Wachstum, Expansion der Märkte, Minimierung der Sozialkosten, Streben nach globaler Hegemonie und Imperialismus gehören. Er bewegt sich in eine immer brutalere, schädlichere und repressivere Richtung. Was heisst also Systemwechsel?

Das Kapital als System und die Auswirkungen auf den Systemwechsel

Den Systembegriff auf den Kapitalismus anwenden heisst, das Kapital als komplexes System verstehen, welches ein Teil der Ökologie unseres Planeten ist. Als ein instabiles und doch flexibles System, das aus vielen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen sowie ökologischen Relationen besteht. Der Kapitalismus ist ein «strukturiertes Ganzes mit Dominante» (Althusser 2008, 17). Das «Ganze» umfasst verschiedene Teilstrukturen. Die dominante Teilstruktur ist die endlose Akkumulation von Kapital, welche auf der Ausbeutungsrelation von Kapital und Arbeit basiert. Weitere Teilstrukturen sind die staatlichen Strukturen, die Imperien, das Rechtssystem, die Medien, aber auch kulturelle Systeme wie Wissenssysteme, Diskurse, Lebenshaltungen, Denkweisen. Sie alle erhalten ihren Ort und ihre Funktion – und das ist ausschlaggebend – aus ihrer Relation zur dominanten Teilstruktur. So stehen zum Beispiel der Staat und die kapitalistische Wirtschaft in einer wechselseitigen Abhängigkeit, wobei die ökonomische Basis in letzter Instanz bestimmt ist. Die Dialektik zwischen den Teilstrukturen macht, dass das kapitalistische System mehr ist als die Summe seiner Teile. Das bedeutet, dass eine Abschaffung des Kapitalismus notwendig mit der Abschaffung der «Dominanten», das heisst der kapitalistischen Produktionsweise, verbunden ist. Es bedeutet weiter, dass der Kapitalismus immer als «strukturiertes Ganzes» im Blick bleiben muss und dass das System als «Ganzes» überwunden werden muss, indem alle seine Teilstrukturen verändert werden.

Daraus folgt:

- Die Klimakrise ist kein Naturereignis und nicht einfach eine Folge der Industrialisierung, sondern ein systemisches Problem der Kapitalakkumulation (möglichst kostenlose Aneignung von Natur und Arbeit). Karl Marx erkannte in explizit ökologischer Perspektive: «Die kapitalistische Produktion [...] untergräbt die Springquelle allen Reichtums: die Erde und den Arbeiter» (MEW 23, 528 f.).
- Wenn die schweizerischen Grünen verlangen, dass die Milliarden, welche vom Staat in der Corona-Krise in die «Stützung der Wirtschaft ge-

pumpt werden, zielgerichtet dazu genutzt werden, den Umbau zu einer grünen Wirtschaft voranzutreiben» (Glättli 2020, 11), so wird suggeriert, dass sich das kapitalistische System ohne weiteres mit einer grünen Investitionspolitik verändern liesse. Die genannte Stützung erhält das System von seinem Staat zur Sicherung der Unternehmenssolvenz, zur Verbürgung von Kreditschulden bei Banken und so weiter. Ein grüner Umbau hingegen würde – zu Ende gedacht – die Abschaffung des wachstumsbasierten Akkumulationmodells mit seinen «Billigen Vier». (Moore 2020, 6) verlangen. («Billige Vier» meint billige Arbeitskräfte in Asien, billige Energie aus Nahost, billige Rohstoffe aus Afrika, billige Nahrung von überall her.) Das sei am Beispiel des Ökostroms gezeigt: Wenn zur Rettung des Klimas von billigem Öl, Gas und Kohle auf teureren Ökostrom umgestellt würde, sänke die Produktivität des Kapitals und ginge das Wachstum zurück, woraufhin die kapitalistische Wirtschaft schrumpfen würde.¹ Das steht in frontalem Gegensatz zum Kapital, weshalb der grüne Vorschlag zum Scheitern verurteilt ist, es sei denn das Kapital fände einen Weg, um seine Geschäfte unter dem Deckmantel einer grünen Wirtschaft weiter zu betreiben.

- Wenn der Geschäftsleiter des linken schweizerischen Think-Tanks Das Denknetz schreibt, dass «die Summe der 27 Schlüsselmaßnahmen (seines Buches zum Klimaprogramm, BS) eine umfassende Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, einen System Change bewirken» (Ringger, 2020, 83), so muss das bezweifelt werden. Denn alle seine an sich klugen Klimamaßnahmen machen einen Bogen um die kapitalistische «Dominante» oder können ohne deren Aufhebung nicht durchgesetzt werden. Es kann bei noch so viel Quantität nicht zu einem qualitativen System Change kommen.
- Wenn die schweizerische Sozialdemokratie in ihrem Strategiepapier zur Corona-Krise verlangt, dass «nach der Krise der ökologische Umbau und die Demokratisierung der Wirtschaft im Zentrum stehen sollen», so verliert sie kein Wort darüber, wie die Demokratisierung ablaufen soll. Zur Not könnte auf das SPS-Programm verwiesen werden, wo mit «Wirtschaftsdemokratie» vor allem die Ausdehnung des genossenschaftlichen Wirtschaftssektors und der Ausbau der staatlich betriebenen Dienstleistungen gemeint ist. Doch selbst wenn diese einen ansehnlichen Teil des wirtschaftlichen Gesamtvolumens ausmachen, würde die Wirtschaft weiter von der kapitalistischen «Dominante», sprich vom Bankensystem, den Grosskonzernen und den kapitalistischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) bestimmt. Die Ge-

- schichte lehrt, dass sich das Kapital im Krisenfall um Demokratie foutsiert, wenn diese dem kapitalimmanenten Wachstums- und Profitzwang im Wege steht. Das Kapital ist systemisch demokratieresistent.
- Bei der Abschaffung des kapitalistischen Systems ist auch die Verstaatlichung nicht unbedingt zielführend. Wenn zum Beispiel die Konzerne unter dem Dach einer staatlichen Holding à longue durée kapitalistische Akkumulation betreiben, so bleibt das «Ganze» kapitalistisch.²

Fazit: Der entscheidende Schritt zur Abschaffung des Kapitalismus besteht zuallererst im souveränen Akt der Enteignung der kapitalistischen Produktionsmittel und des Bodens. Mit ihr wird die Profitlogik gebrochen und damit überhaupt erst die Voraussetzung für eine menschen- und naturgerechte Zivilisation geschaffen.

Die Enteignungsstrategie

Generell umfasst Enteignung zwei Phänomene. Im rechtlich-verfassungsmässigen Sinn ist sie die legale Enteignung von privatem Eigentum durch die Gemeinwesen. Im grösseren politisch-ökonomischen Sinn ist sie die Aneignung von Gemeingütern und von Privateigentum durch die kapitalistische Klasse. Karl Marx hat in *Das Kapital* gezeigt, wie die teils brutale Enteignung der bäuerlichen und handwerklichen ProduzentInnen von ihren Produktionsmitteln sowie von Grund und Boden, «die ursprüngliche Akkumulation», eine historische Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise bildete. Marx hat auch analysiert, dass es einer Enteignung gleichkommt, wenn die Arbeitenden als Lohn nur einen Teil des Werts bekommen, den sie mit ihren Händen und Köpfen schaffen, während sich die kapitalistische Klasse den Rest legal aneignet. Er hat aus dieser Analyse die Forderung der «Expropriation der Expropriateure» (MEW 23, 791) durch die Lohnabhängigen abgeleitet. Die kapitalistische Wirtschaft kann als «globale Enteignungsökonomie» (Zeller 2004) oder als «Akkumulation durch Enteignung» (Harvey 2003) bezeichnet werden. Das äussert sich unter anderem

- im Raubbau an der Natur, was nichts anderes ist als die Enteignung der Lebensgrundlage der Menschheit,
- in der Enteignung und Privatisierung des Trinkwassers und anderer wichtiger Ressourcen durch global agierende Konzerne wie Nestlé AG,
- in der imperialistischen und kriegerischen Aneignung von Territorien und ihrer Ressourcen,
- in der Aneignung von unbezahlter, vorwiegend von Frauen geleisteter Haus- und Sorgearbeit,

- in der Deregulierung der Arbeit, in Angriffen auf die sozialen Institutionen und deren Privatisierung,
- in der privaten Aneignung von gesellschaftlich produziertem und öffentlich finanziertem Wissen und in der Patentierung von Erfindungen, von Genen, Lebewesen und Software durch Konzerne.

Die Wiederaneignung des Enteigneten könnte in Anlehnung an den Slogan «Reclaim Democracy!» in «Reclaim the Expropriated!» (Fordert das Enteignete zurück!) münden.³ Der Slogan gibt der Enteignungsstrategie, von der nun die Rede sein soll, ihre historische Dimension.

Die Enteignung bezieht sich auf materielle und immaterielle Güter, die durch kapitalistische Zwänge dem Gemeinnutzen entzogen und privatisiert worden sind. Damit wird klargestellt, dass die Enteignung auf die Produktionsmittel, den Boden und gesellschaftliches Wissen beschränkt ist und nicht in der Abschaffung des Privateigentums besteht. Die Enteignungsforderung muss eine prioritäre politische Tagesforderung werden! Ein Grund liegt in der Dringlichkeit der Lösung der Klimakrise, zumal deren Auswirkungen viel einschneidender sein werden als diejenigen der Corona-Krise. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht ein Teil der Lösung dieses Problems, sondern das Problem selbst. Ein anderer Grund liegt im Wesen von Forderungen wie jener nach Wirtschaftsdemokratie, denn diese stossen sofort an die Grenzen des kapitalistischen Systems. Ohne Systemwechsel führen sie ins Leere. Hier muss ohne Wenn und Aber die Eigentumsfrage gestellt werden. Wer das nicht macht, streut den Leuten Sand in die Augen.

Was die Dringlichkeit der Enteignung betrifft, müsste man/frau sich von der Haltung lösen, wonach sie ein revolutionäres Fernziel sei. Auch Karl Marx' Bild von der «Revolution als Lokomotive der Geschichte» (MEW 7, 85) will nicht so recht in unsere Zeit passen. Revolution ist vielleicht eher «der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse» (Benjamin 2020, 211). In diesem Sinn ist die Enteignungsstrategie eine neue narrative Strategie für ein progressives politisches Handeln.

Die politischen Kämpfe müssen unmittelbar mit der Enteignungsforderung verknüpft werden. Im Visier der Enteignung stehen Grossbanken, Energie-, Automobil-, Waffen-, Rohstoff-, Chemie-, Immobilien-, IT-, Medien-, Krankenversicherungs- und Gesundheitskonzerne und andere, welche mit ihrem Geschäftsgebaren entscheidend den Klimanotstand, die Überwachung durch Big Data, die Prekarisierung und Ruinierung der Arbeitsplätze, die Wohnungsnot und die Ausbeutung der Ressourcen ganzer Länder im globalen Süden verursachen und selbst aus Krankheit und Epidemien ein Geschäft machen.

Der gegenwärtige Enteignungskampf der Berliner Bürgerinitiative zur Vergesellschaftung aller Unternehmen, die mehr als 3000 Wohnungen besitzen, ist beispielgebend.⁴ Der Widerstand begann mit der Bekämpfung von Mietpreiserhöhungen in einem solidarisch unterstützten Gang vor die Gerichte, führte über die Mobilisierung in den sozialen Medien, Strassenproteste, gewaltfreie Besetzungen von Immobilien, Massendemonstrationen mit über 100 000 Teilnehmenden bis zum Sammeln von rund 77 000 Unterschriften für die Initiative «Deutsche Wohnen & Co enteignen». Gegenwärtig versucht die Berliner Landesregierung das Volksbegehren zu verschleppen. Laut dem Sprecher der Initiative ist «die SPD fest entschlossen, das (Volksbegehren) zu verhindern» (Shafaqyar 2020, 18).

Das Instrument für die demokratische Umsetzung der Enteignungen ist zuerst einmal der bestehende Staat. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie er in einem radikalen Richtungswechsel eine zentrale Rolle spielen kann. Wenn die Enteignungen über die staatlichen Institutionen vollzogen werden, heisst das nicht zwingend, dass die enteigneten Konzerne verstaatlicht werden. Die Alternative besteht in der Vergesellschaftung, das heisst die Überführung in selbstverwaltete gemeinwirtschaftliche und genossenschaftliche Betriebe. Demokratiepolitisch zwingend ist jedoch, dass der Prozess der Vergesellschaftung von folgenden Massnahmen begleitet wird:

- Demokratisierung des Staates und der bürgerlich-liberalen Demokratie. Erster Schritt sind die plebiszitäre Abschaffung der Armee, der politischen Funktion der Polizei und der Geheimdienste und die Transformation von Regierung und Parlament in Räte mit imperativem Mandat.⁵
- Einführung einer massiven Arbeitszeitverkürzung, unter anderem zur Schaffung von individuellen Zeitreserven für die Beteiligung am System Change in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat.
- Schaffung von parallelen Strukturen der Frauen zur Garantierung der Umsetzung der feministischen Revolution in allen Bereichen.

Soziale und politische AkteurInnen für einen Systemwechsel

Folgende AktivistInnen von Massenbewegungen sind mögliche soziale und politische AkteurInnen eines System Change:⁶

- Die Frauen, insbesondere diejenigen im globalen Süden, machen die Mehrheit unter den verarmten und politisch entrichteten Menschen aus. In vielen Protesten, Frauenstreiks und Aufständen stehen sie im

gesellschaftlichen Kampf gegen die Ausbeutung in der vordersten Reihe.

- Die lohnabhängigen Klassen befinden sich in der Regel in der Defensive. Dennoch verkörpern die ArbeiterInnen noch immer ein systemisches Gegenprinzip zur kapitalistischen Gesellschaft, denn sie sind in einer Intensität wie keine andere gesellschaftliche Gruppe einer historischen Dauerattacke des Kapitals auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt. «Realistisch betrachtet wird es heute keine ernsthaften Veränderungen nur durch die Lohnabhängigen und ihre Organisationen geben – aber ohne sie erst recht nicht.» (Seppmann 2020, 8)
- Da sich die Klimakrise in Zukunft drastisch verschärfen und immer konkreter unser Alltagsleben bestimmen wird, nimmt auch die Klimabewegung zu. Wie gross die Rolle der KlimaaktivistInnen in einer gesellschaftlichen Veränderung ist, hängt davon ab, wie stark die Integrationsmechanismen der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie auf diese Bewegung wirken. Verlockend ist ein Green New Deal mit einem Kapitalismus mit grünem Deckmäntelchen. Auf der Hand liegt auch eine Vereinnahmung des Widerstands durch die Repräsentierung und Instrumentalisierung durch grüne (System-)Parteien, was eine Lähmung zur Folge hätte. Bequemer als der politische Kampf ist auch die Individualisierung und Moralisierung des Widerstands durch Fokussierung auf die individuelle Veränderung des Konsumverhaltens und der persönlichen Lebenshaltung. Doch immer mehr Umweltbewegte erfahren, dass sie gegen eine grosse systemische Wand anrennen. Angesichts des hartnäckigen Widerstands und des Taktierens der Herrschenden verlieren sie die Geduld und radikalisieren sich.
- Und wie steht es mit der politischen Linken? Die Phase der ArbeiterInnenbewegung, die durch die grossen kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen geprägt wurde, ist offensichtlich abgelaufen. Die grossen Linksparteien sind geschrumpft und/oder unbedeutend geworden; die sozialdemokratischen Parteien, weil sie sich in der neoliberalen Globalisierung in ein Modernisierungsinstrument der kapitalistischen Herrschaft transformieren liessen und damit bei ihren WählerInnen in Misskredit geraten sind; die kommunistischen Parteien (mit Ausnahme derjenigen an der Macht), weil sie sich von der historischen Niederlage im Kalten Krieg nicht mehr erholen konnten und weil ein in dieser Tradition stehender Kommunismus im Westen für eine emanzipatorische Perspektive grösstenteils nicht mehr glaubwürdig ist.

Seit Beginn der neoliberalen Offensive des Kapitalismus Mitte der 1970er-Jahre und nach der Implosion des sozialistischen Staatensystems ist die europäische Linke nicht mehr richtig auf die Beine gekommen. Es gab seither kaum nachhaltigen Widerstand gegen die dominierende neoliberalen Politik, kaum Demonstrationen gegen die imperialistischen militärischen Interventionen und kaum Proteste gegen den Abbau von Demokratie und den Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates. Der Zustand der Linken zeigt sich darin, dass gegenwärtig nicht sie es ist, welche die Systemfrage stellt, sondern die klimabewegten Jugendlichen oder gar Teile der herrschenden Deutungseliten.

Fazit: Angesichts des zunehmenden Protestpotenzials in den kapitalistischen Gesellschaften ist es möglich, dass unter genügend grossem gesellschaftlichem Druck eine Neuformierung der progressiven politischen Kräfte zu einer pluralen Bewegung stattfindet, in der das, was von der Linken übriggeblieben ist, mit den systemkritischen sozialen, feministischen und ökologischen Bewegungen zusammenfindet. «Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz gehören untrennbar zusammen. Sie sind die entscheidenden Bausteine einer antikapitalistischen Koalition, die mächtig genug ist, ein Programm des radikalen Bruchs durchzusetzen.» (Halimi 2020, 2) Zur Durchsetzung der Enteignungsstrategie beziehungsweise eines System Change gehört, dass sich die «Mächtigkeit» einer solchen Koalition in einem handlungsfähigen, koordinierenden politischen Zentrum bündelt. Dieses zeichnet sich durch eine umfassende demokratische Struktur und Entscheidungskultur aus und profitiert von seiner transnationalen Vernetzung.

Anmerkungen

- 1 Momentan scheint der Ökostrom konkurrenzfähig, weil damit nur fossiler Strom ersetzt wird. Wenn der Ökostrom eingesetzt wird, um das Öl in den anderen Sektoren (z. B. Autoverkehr) zu verdrängen, sieht die Bilanz sehr schlecht aus. «Dabei stellt sich heraus, dass Ökostrom maximal die Hälfte der Nettoenergie liefern kann, die sich mit fossilen Varianten erzeugen lässt.» (Hermann 2020, 11)
- 2 Anders scheint es zu sein, wenn die Belastung der kapitalistischen Unternehmen lediglich in einer Übergangsphase geschieht (Kopf 2019, 28 f.).
- 3 Zu diesem Slogan wurde ich durch den Denknetz-Slogan «Reclaim Democracy» inspiriert.
- 4 www.dwenteignen.de (Besucht am 29.04.2020)
- 5 Bei einem imperativen Mandat sind die Abgeordneten an inhaltliche Vorgaben der von ihnen Vertretenen gebunden. Folgen die MandatsträgerInnen nicht der Linie der sie entsendeten Organisationen oder dem WählerInnenwillen, können sie abgesetzt werden.
- 6 Die Liste ist nicht exkludierend. Ausser den genannten gibt es noch andere potenzielle Bewegungen, wie zum Beispiel die antirassistischen Bewegungen, die daran interessiert sind, die Ursachen der ständigen Spaltung unserer Gesellschaften abzuschaffen: das kapitalistische System, das historisch weissrassistisch geprägt ist.

Literatur

- Althusser, Louis, 2008: Préface. *Du Capital à la philosophie de Marx*. In: Althusser, Louis u. a.: *Lire le Capital*. Paris, 9–86
- Behrisch, Sven, 2020: Die Generalprobe. In: Das Magazin No 14. www.dasmagazin.ch/2020/04/03/die-generalprobe/ (Abfrage 28.7.2020)
- Benjamin, Walter, 2020: Über den Begriff der Geschichte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 19. Frankfurt a.M.
- Bethge, Philip, 2020: Der Mensch ist schuld an Covid-19. In: Spiegel online, 3.4. www.spiegel.de/thema/coronavirus (Abfrage 18.4.2020)
- Kuper, Simon, 2020: The Pandemic will forever transform how we live. In: Financial Times Magazine, 8.2. www.ft.com/content/06647198-77b9-11ea-9840-1b8019d9a987 (Abfrage 28.4.2020)
- Glättli, Balthasar, 2020. Zitiert nach: Schöpfer, Linus / Zürcher, Christian: Greta? Welche Greta? Berner Zeitung 24.4., 11
- Halimi, Serge, 2020: Wann, wenn nicht jetzt. In: Le Monde diplomatique, 9.4., 2
- Harvey, David, 2003: Der neue Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung. Frankfurt a. M.
- Herrmann, Ulrike 2020: Immer fliegt der Bumerang zurück. In: WOZ, 30.4., 18
- Kopf, Eike, 2019: Eine chinesische Reformation. Zum Werden eines neuen Zivilisationstyps. Köln
- Macron, Emmanuel, 2020. Zitiert nach: Lambert, Renaud / Rimbart, Pierre: Marktlogik und Katastrophenmedizin. In: Le Monde diplomatique, 9.4. monde-diplomatique.de/artikel/!5672009 (Abfrage 28.7.2020)
- MEW 23: Marx, Karl, 1975: Das Kapital, Bd. 1. In: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke, Bd. 23. Berlin
- MEW 7: Marx, Karl, 1960: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850. In: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke, Bd. 7. Berlin
- Moore, Jason W., 2020: Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals. Berlin
- Ringger, Beat, 2019: Das System Change Klimaprogramm. Zürich
- Schölzel, Arnold, 2020: Was bleibt. In: Junge Welt, 24.4., 8
- Seppmann, Werner, 2020: Illusionäre Ignoranz. In: Junge Welt, 27.2. www.jungewelt.de/login-Failed.php?ref=/artikel/373443.linke-strategiediskussionen-illusionre-ignoranz.html (Abfrage 28.7.2020)
- SPS 2010, Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz: Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie. www.sp-ps.ch/de/partei/wir-sind-die-sp/unser-programm (Abfrage 29.4.2020)
- SPS 2020, Strategiepapier der SPS zur Corona-krise. www.sp-ps.ch/thema/corona-krise (Abfrage 29.4.2020)
- Shafaqyar, Moheb, 2020. Zitiert nach: Metzger, Philipp: Volksbegehren verzögert. In: Junge Welt, 22.6., 18
- Nelles, Roland, 2020: Präsident im Panikmodus. In: Spiegel online, 24.3. www.spiegel.de/politik/ausland/trump-und-das-coronavirus/praezident (Abfrage 24.3.2020)
- Wyss, Stephanie, 2020. Zitiert nach: Schöpfer, Linus / Zürcher, Christian: Greta? Welche Greta? Berner Zeitung 24.4., 11
- Zeller, Christian, 2004: Die globale Enteignungsökonomie. Münster